MITTE MANG

DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Juni 2021

Kein Vergessen! NSU Untersuchungsausschuss einfordern!

***Redaktionsschluss** für die Juli-Ausgabe:*
Mittwoch, 30.06.2021

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!
Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Nachrufe	S. 2
Kein Vergessen – PUA NSU!	S. 3
Onlinegespräch mit David Stoop	S. 4
Wiederherstellung Grundrechte	S. 5
Rosa Luxemburg in Hamm	S. 6
Nach der Wahl ist vor der Wahl	S. 7
Armut und Corona	S. 7
Polizeieinsätze am 1. Mai	S. 8
Termine / Kontakt	S. 9

Nachruf für "Teddy"

Einige Monate vor den Bezirkswahlen 2019 bekam Teddy seine Diagnose. Er sagte zum Arzt in der Poliklinik Veddel, dass er sich beeilen solle, denn zum Wahlkampf müsse er wieder fit sein. Leider hat er dieses Ziel nicht geschafft. Am 06. Mai 2021 ist unser Fraktionsmitglied Stefan „Teddy“ Dührkop nach längerer Krankheit verstorben. Selbst im Angesicht einer lebensbedrohlichen Diagnose war Teddy offenbar das Wichtigste, wieder Politik für die Menschen, eine gerechtere Gesellschaft und eine bessere Welt machen zu können. Er hat für diese Ziele gelebt und schon als junger Mann antifaschistische und antirasisstische Kämpfe in der Hafenstraße ausgetragen. Über die Jahrzehnte seiner politischen Aktivität hinweg ist er sich immer treu geblieben, auf seine ganz eigene, ungemütliche, herzliche Art. Mit seiner Kodderschnauze hat er die Bezirksversammlung Mitte das eine oder andere Mal ordentlich aufgemischt und stets alle Anwesenden kurzerhand mit „Moin Präsidium und Kolleg*innen“ auf dem Podium begrüßt. Wir sagen nun „Tschüss, Teddy!“. Du wirst mit deinem großen Herzen und deinem unermüdlichen Kampf in unserer Fraktion, auf der Veddel und deinen vielen Freunden sehr fehlen.

Deine Linksfraktion Hamburg Mitte
Ina – Alexander – Maureen – Marinus – Steffen – Ronald - Theresa

Nachruf für Sven Kluth (BO Billstedt)

Am 17.5.21 verstarb unser geschätzter Genosse Sven Kluth plötzlich und unerwartet.

Die BO Billstedt trauert um ihn. Sven war ein äußerst engagierter Genosse, der in vielen Wahlkämpfen seit 2015 eine große Stütze war und dies trotz seiner Behinderung. Mit seinem Sinn für Menschenrechte, Gerechtigkeit und mit seiner ausgeprägten Solidarität war er ein sehr beliebter Genosse, der auch immer einen Schuss Humor parat hatte. 2015 wurde die BO Billstedt neu gegründet. Sven war eines der Gründungsmitglieder. Er wird in unseren Gedanken und Erinnerungen weiterleben.

R.I.P Sven

Kein Vergessen!

Die Forderung nach einem NSU-Untersuchungsausschuss auch in Hamburg bleibt aktuell

Am 27. Juni dieses Jahres jährt sich die Ermordung von Süleyman Taşköprü durch den NSU zum 20. Mal, am 4. November die Selbstenttarnung des Kerntrios zum 10. Mal.

Aus diesem Anlass hat sich auf Initiative des Hamburger Bündnisses gegen Rechts (HBgR) ein breiteres Bündnis gebildet, um das öffentliche Gedenken an Süleyman Taşköprü zu gestalten und um die Forderung nach vollständiger Aufklärung des NSU-Mordes in Hamburg öffentlich zu bekräftigen. In Vorbereitung ist eine Demonstration am 19. Juni ab 14:00 von Altona (wahrscheinlich Bahnhof-Vorplatz) zum Hamburger Rathaus. Außerdem eine Gedenkveranstaltung am 25. Juni auf dem Alma-Wartenberg-Platz in Altona, von dem aus wir dann schweigend in die Schützenstraße gehen. Daneben finden im Vorfeld mindestens zwei (Online-) Veranstaltungen statt. Die Grüne Jugend diskutiert am Freitag, 4. Juni 18:00, mit Caro Keller von NSU-Watch über „Jahrzehnte unaufgearbeitet: Rechter Terror und NSU-Komplex in Hamburg“. Eine Veranstaltung der Bürgerschaftsfraktion der LINKEN befasst sich mit „20 Jahre – keine Aufklärung! Der NSU-Mord in Hamburg und die Sicherheitsbehörden“. Diese Veranstaltung mit RA Alexander Hoffmann, mir und Deniz Celik findet am Abend des 18. Juni statt, weitere Angaben gibt es in Kürze auf der Webseite der Fraktion.

Knapp zehn Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU ist Hamburg immer noch das einzige Tatortland, das sich einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss verweigert. Ein Antrag der Linksfraktion auf Einrichtung eines solches Untersuchungsausschusses – ein Antrag, der über 80 offene Fragen formuliert hatte (1) - wurde von SPD, CDU, Grünen, FDP und AfD am 16.1.2016 abgelehnt.

Dabei wurde alles, was bisher an Aufklärung des NSU-Komplexes stattfand, von den Betroffenen, von antifaschistischer Recherche, von den Rechtsanwält:innen der Nebenklage im Münchner NSU-Prozess und eben auch und nicht zuletzt von den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen im Bund und in den Tatortländern geleistet. (2) Deshalb ist, obwohl Bundesanwaltschaft und Gericht im Münchner Prozess die juristische Aufklärung auf Zschäpe, die Letzte des NSU-Kerntrios, und einige wenige der allerengsten Unterstützer eingeengt haben, immerhin so viel klar, dass der NSU seine mörderische Schlagkraft nur entfalten konnte, weil es sich bei ihm um ein Netzwerk mit bundesweiten Helfern und Helfershelfern handelt. Deshalb ist auch trotz aller Vertuschungs- und Beschönigungsversuche der Sicherheitsbehörden das staatliche Mitverschulden an den NSU-Verbrechen kaum noch zu leugnen.

Nur in Hamburg gibt es auf staatlicher Seite nicht einmal den Ansatz einer selbstkritischen Aufarbeitung. Ich erinnere mich an zahlreiche Innenausschusssitzungen in den letzten beiden Legislaturperioden, in denen die Vertreter der Innenbehörde, teilweise auch der Justizbehörde zwar **allgemein** „Fehler“ einräumten, aber **konkret** jede, aber auch wirklich jede Kritik an den Ermittlungen und an der düsteren Rolle des Verfassungsschutzes zurückwiesen. Dabei macht gerade die hartnäckige Verweigerung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses deutlich, dass es eine Menge aufzuarbeiten gibt. Weil nicht aufgearbeitet wurde, wurden keine nennenswerten Konsequenzen gezogen, weder für die Polizei noch für die Staatsanwaltschaft

noch für den Verfassungsschutz. Weil nicht aufgearbeitet wurde, wird bis heute zum Beispiel institutioneller Rassismus in der Polizei, der die Ermittlungen gegen die NSU-Mörder zehn lange Jahre in die falsche Richtung lenkte, bestritten und eben nicht bekämpft, wie nicht zuletzt das alltägliche Racial Profiling zeigt. Weil nicht aufgearbeitet wurde, blieben Helfershelfer des Mordes an Süleyman Taşköprü aus der militanten und bundesweit gut vernetzten Hamburger Neonaziszene unbehelligt und blieb geheim, was eigentlich der Hamburger Verfassungsschutz darüber wusste.

Die Forderung nach vollständiger Aufklärung des Mordes an Süleyman Taşköprü und einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss bleibt deshalb aktuell. Sie bleibt auch aktuell, weil militante Nazi-Netzwerke in Hamburg eine lange Kontinuität haben, eine Kontinuität, die mindestens 40 Jahre zurückreicht und bis heute nicht wirklich unterbrochen ist. Das zeigen die jüngsten Enthüllungen über Kontakte der terroristischen Gruppe S zu Hamburger Neonazis.

Deshalb: Beteiligt euch an den Aktivitäten zum 20. Jahrestag des NSU-Mordes an Süleyman Taşköprü.

Christiane Schneider (auch Fotos incl. Titel)

(1) Drs. 21/887, https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/49047/einrichtung_eines_parlamentarischen_untersuchungsausschusses_pua_zum_nsu_terror_in_hamburg_zur_aufarbeitung_militanter_neonazistischer_strukturen_in_h.pdf

(2) Leseempfehlung: Antonia von der Behrens (Hrsg.), Kein Schlusswort, Nazi-Terror, Sicherheitsbehörden, Unterstützungsnetzwerk, Plädoyers im NSU-Prozess

Gespräch über Zoom und YouTube am 21.6., 19 – 20:30 Uhr:

Rentenkürzung wegen Coronakrise?
Was droht und welche Antworten hat DIE LINKE?

mit **David Stoop**, unserem Direktkandidaten im Wahlkreis 18
Eine Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft SeniorInnenpolitik der LINKEN Hamburg Mitte
Moderation: Wolfgang Strauß

Kaum sinken die Inzidenzzahlen, kaum zeichnet sich ein Abflauen der Pandemie ab, da beginnen die üblichen Verdächtigen ihre üblichen Vorschläge zu machen, wie denn die immensen Kosten der Krise bewältigt werden sollen.

Wieder mal soll das Rentenalter heraufgesetzt werden, eine Rentenerhöhung im Jahr 2021 findet nicht statt. Die Sparzinsen für den Altersnotgroschen bleiben auf lange Sicht bei Null, während die Inflationsrate steigt. Der Finanzsenator will am Personal sparen (auch in den Gesundheitsämtern?), die Bundesregierung rasch wieder zur „schwarzen Null“ zurückkehren. Die Schuldenbremse wird wieder zum Heiligtum.

Ist das sinnvoll? Ist das gerecht? Nein.
Das kann nicht die Zukunft sein, für die wir lange gearbeitet haben. Das muss anders gehen.

David Stoop wird erläutern, wie die Vorschläge der LINKEN zur Finanzierung der Krise aussehen und gerne mit Ihnen/euch diskutieren.

Einwahllink:

Zoom-Meeting beitreten

https://zoom.us/j/92962637093

Meeting-ID: 929 6263 7093

Schnelleinwahl mobil

+496971049922,,92962637093# Deutschland

+493056795800,,92962637093# Deutschland

Youtube Kanal:
https://www.youtube.com/watch?v=k-AK4QPXXgA

Die Beendigung des Corona-Ausnahme-Zustandes und die Wiederherstellung/-gewährung der Grundrechte

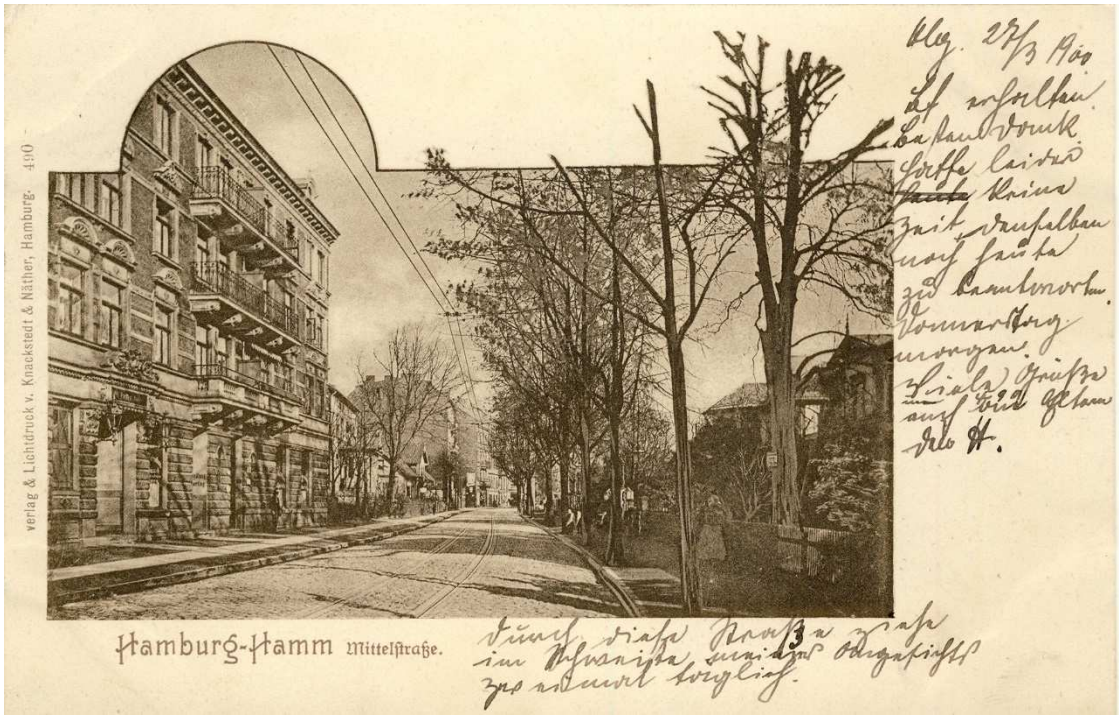
Um es einmal auf den Punkt zu bringen: Wir müssen aus dem Corona-Dilemma für die Zukunft in Fällen ähnlich gelagerter Szenarien, aus den von 2020 bis heute begangenen Fehlern der Legislative und der Exekutive unsere Lehren ziehen. Die Art und Weise, in der bis heute die Pandemie bekämpft wurde, gehört auf den Prüfstand in Form einer aktuellen Stunde im Bundestag und in den Länderparlamenten, hier in Hamburg in der Bürgerschaft. Es wurden in 16 Bundesländern insgesamt 16 unterschiedliche Regelungen in Form von Rechtsverordnungen aus Art.80 GG erlassen. Die Folgen waren Grundrechtseinschränkungen ohne Ende. Auf die Verhältnismäßigkeit aus Art.20 GG wurde anfangs gar nicht geachtet. Erst durch den Justizgewährungsanspruch aus Art.19 GG wehrten sich die Betroffen durch den Rechtsweg vor den Verwaltungsgerichten durch etliche Eilverfahren nach §123 VwGO. Nur durch die Judikative war es überhaupt möglich, diese Gesetze anzugreifen und nach und nach für Veränderungen zu sorgen und diese so zu gestalten, dass sie auch dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entsprechen.

Aber das eine kann ich hier einmal sagen, dass das nämlich auch noch erhebliche rechtliche Folgen haben kann, wenn Betroffene nun noch weiter gehen und zu einem späteren Zeitpunkt dann auch noch Folgenbeseitigungsansprüche geltend machen aus §839 BGB i.V.m. Art.34 GG. Von daher rate ich dringend dazu, alles im Zusammenhang mit Corona aufzuklären. 2020 wusste nämlich niemand wie es nun weitergeht. Es hätten auch innere Unruhen und zudem auch Aufstände entstehen können. In China rollten ja damals (1989) die Panzer in Peking auf. Wäre hier nun durch Corona 2020 die Lage völlig außer Kontrolle geraten, dann wäre es zum inneren Notstand gekommen. Der Bundestag wäre aufgelöst worden und der ständige Ausschuss hätte auf unbestimmte Zeit die Regierung geführt. Es hätte dann weder Wahlen, noch ein Parlament, sondern einen Polizeistaat gegeben.
Die Polizei kontrolliert die Maßnahmen nun seit 2020 und die Polizeipräsenz ist enorm angestiegen. Überall fahren Polizeifahrzeuge hin und her und zeigen Präsenz. Man kann sagen es ist hier wie unter einer Einheitsregierung vergleichbar in der DDR oder zwischen 1933 und 1945. Und genau 1933 wurden die Ermächtigungsgesetze in Kraft gesetzt. Nur der Art.20 GG konnte das heute verhindern. Wo die Reise hinführt weiß niemand genau, allerdings müssen wir sehr wachsam sein zukünftig.

Die Polizei Hamburg regiert quasi seit März 2020 in Hamburg als Exekutive und wird entgegen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes aus Art.20 III GG öfters aktiv. Diese Zustände müssen beendet werden. Politisch wäre es durchaus möglich, wenn in der Polizeiführung in allen Leitungsstäben Beamte ausgetauscht werden würden. Diese Polizeiführung hatte während der Coronakrise in Hamburg Demonstrationen öfters aufgelöst, um aus eigener Entscheidung sogenannte Subversive und kritische Denker kaltzustellen und solche Demos und Versammlungen gezielt aufzulösen. Die Führungsstäbe der Hamburger Polizei in Form der Leitungsfachstäbe in Bezug auf dort tätige Beamte muss das Coronaunrecht politisch untersucht werden und ggf. sind Beamte auszutauschen und umzusetzen.
Das ist nicht mehr die neutrale Polizei, die ich bislang kenne. Vielmehr hätten ja auch kritische Polizeibeamte ggf. Widerstand nach Art. 20 IV GG anregen und/oder vorschlagen können. Die Corona-Demos waren zumindest der Ausdruck von zivilem Ungehorsam vom Volk heraus nach außen. Die Medien berichteten ja anfangs allabendlich in Sondersendungen. Jeden Tag gab es diese zu sehen. Alles Unrecht zu Zeiten von Covid 19 bedarf der politischen Aufklärung im Parlament durch die Opposition. Was hier geschah, war ein Umsturzversuch von oben.
Der Fachstab der Schutzpolizei gliedert sich in die Bereiche SP 1 Lagezentrum, SP 2 Einsatz, SP 3 Grundsatz, SP 4 Verwaltungskoordination, SP 5 Versammlungsbehörde. Die Leitung des Amtes Polizei geht vom Polizeipräsidenten/Polizeivizepräsidenten aus. Die Abteilungen und Organisationseinheiten sind der Leitungsstab, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Justiziariat, Personal, Schutzpolizei, Landeskriminalamt, Wasserschutzpolizei. Vor allem aber auch die Akademie der Polizei, wo theoretisch künftigen Polizisten alles beigebracht wird, sowie die Verwaltung und Technik und die Informationstechnik. Jedoch scheint es in der Praxis bei Einsätzen auf Demos durch den sogenannten Korpsgeist 2020/2021 in Bezug auf die Umsetzung des Art.20 III GG öfters nicht richtig zu laufen. **Roberto Perez Hagen**

Der 1. Mai 2021 und die BO Hahobo – oder auf den Spuren von Rosa Luxemburg in Hamm

Da die Mai-Demonstration uns auch in diesem Jahr verwehrt blieb, verlegten wir die Vorbesprechung für den Regionalausschuss kurzerhand in den Hammer Park. Auf diesem Spaziergang besichtigten wir zuerst den *Kräutergarten*, der nun unter bezirklicher Mithilfe durch interessierte Bürgerinnen und Bürger wiederbelebt wird. Von den dort angepflanzten Schnittlauch-, Liebstöckel- und diversen anderen Kräutern kann sich jede/r etwas für den eigenen Bedarf abschneiden. Bei der Frühlingssonne war schon manches gut gewachsen.



Dann besahen wir zwei nahegelegene Tiefgaragenausfahrten, die angeblich zu wenig Platz zum Rangieren bieten – mit dem SUV, der auch in Hamm häufiger zu sehen ist, mag dies wohl so sein – für uns kein Handlungsbedarf, weitere Absperrungen zu errichten und den sehr knappen Parkraum in den angrenzenden Straßen noch weiter zu verknappen (wobei ohnehin jedes Auto in diesem Stadtteil sich rechtfertigen muss). Im Endeffekt wurde der Antrag im Regionalausschuss zurückgezogen – trotzdem war unsere Besichtigung nicht "umsonst". Auch der gewünschte zusätzliche Zaun bei einer Hundeauslaufwiese am Elisabethgehölz erwies sich nicht als so dringlich wie von einer Bürgerin gewünscht.

Nach diesen Vor-Ort-Erkundungen und dem Austausch zur Tagesordnung gelangten wir zu einem ganz besonderen Ort in der Carl-Petersen-Straße – und nur für wenige ist eine seiner interessantesten Geschichten zu erahnen: Am 15. Dezember 1900 sprach dort Rosa Luxemburg im *Etablissement St. Petersburg* vor 1000 Menschen. Es lag in der damaligen Mittelstraße, wurde nach dem Ersten Weltkrieg in ein Kino umgebaut, die *Hammer Lichtspiele,* und zu sehen ist dort heute eine dieser auf den ersten Blick gewöhnlichen, bei näherem Hinsehen gut proportionierten, in Grün gebetteten Backstein-Wohnanlagen der Wiederaufbauzeit.

Das Thema des Vortrags war *"Der Sozialismus in Frankreich"* laut Polizeibericht, im Hamburger Echo vom 18.12.1900 heißt es "Die Sozialdemokratie in Frankreich". Jedenfalls ging es um den Zustand der Linken im Nachbarland, der schon damals nicht ganz einfach zu übersehen war. Und welche politische Versammlung würde heute "1000 Personen beiderlei Geschlechts (anziehen), die mit Aufmerksamkeit den interessanten Ausführungen der Rednerin folgten" (ebd.)? Auch in Winterhude und Eimsbüttel sprach Rosa Luxemburg in jenen Tagen. Den Wehbers Park mit dem Rosa Luxemburg Garten, nachgebildet nach ihrem Gartenstück im Gefängnis Wronke, kennen ja schon einige – er ist eine Stadtteilreise wert! Vielleicht gelingt es auch an der Carl-Petersen-Straße einmal einen Gedenkort zu schaffen. Der Historiker Jürgen Ellermeyer hat dazu schon einiges erforscht, und Interessierte vor Ort gibt es, vielleicht werden es mehr. Wir bleiben dran, nicht nur im Monat Mai.

Marion Fisch/Sandra Clemens/Alexander Götz von der BO Hahobo

Liebe Genossinnen,

dieses Bild habe ich aus https://archiv-wahlen.die-linke.de/bundestagswahl-2017/ geklaut. Dort habe ich auch gelesen, dass wir bei jener Bundestagswahl 9,2 % der Zweitstimmen zu uns genommen haben – super, oder? Damit wird's diesmal wohl nix, weil kaum jemand mitbekommen hat, dass nach der Wahl vor der Wahl ist und deshalb ein kontinuierlicher Wahlkampf stattfinden muss. Aber gut, die letzte Umfrage von YouGov vom 27.05.21 sieht uns immerhin bei 7 %, also haben wir eine echte Chance, während der nächsten Legislaturperiode bestimmenden Einfluss auf die Geschicke unseres Landes und damit auch auf die Lebensumstände armer Leute zu nehmen. Immerhin haben wir uns gegenüber der Forsa-Umfrage vom Tag davor um einen Prozentpunkt verbessert – wenn das nix is! Kaum zu glauben, was das Wahlplakat von 2017 in meinem Fenster bewirkt. Aber wir haben ja noch viel Zeit bis zur Bundestagswahl …

Gun / Mümmel

Armut und Corona: Solidarisch aus der Pandemie

22. Juni um 18:00 - 19:30, Online-Veranstaltung

Armut macht krank – das ist nicht neu, zeigt sich aber in der Corona-Pandemie ganz besonders. So ist laut einer Studie des Robert Koch-Instituts die Wahrscheinlichkeit an Covid-19 zu erkranken oder sogar daran zu sterben in einkommensschwachen Regionen bis zu 70 Prozent höher, als in wohlhabenderen. Dies ist auf Faktoren wie beengte Wohnverhältnisse, prekäre Beschäftigungsverhältnisse bzw. weniger Home-Office-kompatible Arbeitsplätze und die dadurch bedingte verstärkte Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs zurückzuführen. Chronische Vorerkrankungen, die als Risikofaktor bei einer COVID-19-Erkrankung gelten, betreffen ärmere Menschen zudem häufiger und bereits früher im Leben. Und das gilt natürlich auch in Hamburg: Strukturell benachteiligte Stadtteile sind besonders von Corona betroffen – dort gibt es weitaus höhere Inzidenzzahlen als im Hamburger Durchschnitt und das Risiko für einen besonders schweren Krankheitsverlauf ist drei- bis viermal höher als im Rest von Hamburg. Während der Hamburger Senat aber seit Beginn der Pandemie die soziale Dimension von Corona nicht in den Blick nimmt, hat Bremen bereits frühzeitig Maßnahmen in den stark betroffenen Quartieren erfolgreich umgesetzt. Könnte Bremen Vorbild für Hamburg sein und wie können benachteiligte Stadtteile besonders geschützt werden? Welche Maßnahmen braucht es? Was sind Hindernisse und Herausforderungen dabei? Wie kann eine solidarische Pandemiebekämpfung aussehen und gelingen?

Darüber diskutiert **Deniz Celik** (gesundheitspolitischer Sprecher, Linksfraktion Hamburg) mit der Bremer Gesundheitssenatorin **Claudia Bernhard** (DIE LINKE) und **Jonas Fiedler** von der Poliklinik Veddel.

Im Livestream bei Facebook: **https://www.facebook.com/Fraktion.DIE.LINKE.Hamburg**

Youtube: **https://www.youtube.com/c/LinksfraktionHamburg**

und Twitter: **https://twitter.com/LinksfraktionHH**

Polizeieinsätze gegen Versammlungen zum Tag der Arbeit

Die Vorgehensweise der hamburgischen Polizei gegen o.g. Versammlungen ist auf jeden Fall in Form einer kleinen oder auch großen Anfrage an die hamburgische Bürgerschaft politisch zu untersuchen. Nötigenfalls sollte nun auch darüber einmal nachgedacht und diskutiert werden, ob nicht vielleicht auch eine aktuelle Stunde in der Bürgerschaft zu dieser Thematik jetzt wichtiger denn je wäre. Mit einfachen Worten gesagt, so kann es nun wirklich nicht mehr weitergehen. In der Polizeiführung gibt es im hamburgischen Polizeipräsidium den Polizeieinsatzstab als Polizeiführung. Jeder dieser Stäbe hat seine Aufgaben. Wenn also der Stab für Einsätze der Bereitschaftspolizei, wie am 01.05.2021 nicht in der Lage ist, das formelle und materielle Rechtsstaatsprinzip abgeleitet aus Art.20 I GG und Art.79 III GG anzuwenden und wenn es hierbei seit Beginn von Corona nun ständig und wiederholt innerhalb der vor Ort eingesetzten Bereitschaftspolizei zu völlig unverhältnismäßigen Maßnahmen gegen Teilnehmer von Versammlungen kommt, sehe ich hier nun eine parteipolitische Reaktion für geboten in Form eines Untersuchungsausschusses, der diese Vorgänge innerhalb des Polizeiführungsstabes einmal genauer untersucht. Notfalls müssen eben die polizeilichen Führungskräfte innerhalb des gesamten Polizeiführungsstabes ausgetauscht und ersetzt werden. Der hamburgische Innensenator sollte darüber informiert werden, dass derartige Einsätze immer wieder aus dem Ruder laufen.

Hinzu kommt es ja noch, dass die große Wiese (Moorweide) am Bahnhof Dammtor genau dafür eingerichtet wurde, friedliche Versammlungen unter freiem Himmel abhalten zu können. Das Versammlungsgesetz, welches in die Versammlungsfreiheit eingreift, darf stets nur im Rahmen der Verhältnismäßigkeit angewendet werden. Die generellen Aussagen, aufgrund von Abstandsverstößen eine solche Versammlung wie am 01.05.2021 aufzulösen sind völlig haltlos und grotesk.

Zudem sinkt ja der Inzidenzwert laut der neuen bundeseinheitlichen Regelung des Bundesinfektionsschutzgesetzes. Zudem wird ja nun seit einiger Zeit auch kontinuierlich gegen Corona geimpft. Fakt ist nun seit März 2020 leben wir in Hamburg und in Deutschland offenbar in einem Polizeistaat. Und dass sogar Rechtsanwält:innen der Zutritt zu den Eingekesselten verwehrt wurde, ist ein Unding. Schließlich gibt es ja nicht aus Spaß das Recht auf einen Anwalt. Jeder der in seinem Recht auf Freiheit der Person verletzt wird, hat das Recht auf einen Anwalt. Hier werden und wurden nun also dauerhaft und wiederholt die Grundrechte verletzt. Auch die Polizei als Exekutive ist an diese Grundrechte gebunden.

Diese eklatanten Grundrechtsverletzungen sind rechtlich und auch politisch aufzuarbeiten und zu untersuchen. Der derzeitige hamburgische Polizeipräsident Ralf Martin Meyer ist hier politisch und rechtlich zur Mitverantwortung heranzuziehen. Diesem untersteht nämlich auch der gesamte Polizeiführungsstab von Hamburg. Insbesondere gibt es immer wieder Probleme bei Großeinsätzen, wie am 01.05.2021, an denen die hamburgische Bereitschaftspolizei beteiligt ist. Es fehlt den Beamten dort das Verständnis für Grundrechte und Demokratie und auch die Beachtung und die Einhaltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes. Laut den Lehr- und Ausbildungsplänen der Polizei Hamburg sind im Rahmenplan ja alle relevanten Unterrichtsthemen und -stunden aufgeführt. Alles was dort gelistet ist, wird von Polizeibeamten verlangt und erwartet, zudem auch in den Laufbahnprüfungen geprüft. Allerdings scheint es gewaltige Probleme zu geben im praktischen Dienstalltag, speziell bei Großeinsätzen das Theoretische entsprechend in die Praxis umzusetzen.

Wie auch bei der Armee besteht bei der Polizei ein gewisser Korpsgeist. Es werden viele Dinge so wie immer schon gemacht aus Gewohnheit eben. Anhand der Facebookbilder vom 02.05.2021 ist nicht zu erkennen, dass irgendein Grund vorlag, der eine solche polizeiliche Vorgehensweise wie am 01.05.2021 auch nur im kleinsten Maße rechtfertigt. Sieht so die rechtmäßige Dienstausübung im Polizeivollzug aus? Ich habe dahingehend ernsthafte starke Zweifel und es wirkt für mich wie der Polizei-Corona-Skandal 2020/2021 und laufend. Was und wie viel Unrecht und Grundrechtsverletzungen muss es denn nun noch geben? Diese Fragen kann nur ein Polizei-Corona-Untersuchungsausschuss aufdecken, der auf Antrag der Opposition durch die Linke beispielsweise hier in Hamburg durch die Bürgerschaft einzurichten wäre. Es muss auch weiterhin unser Rechtsstaat handlungsfähig bleiben. Denn in dieser seit 2020 eingetretenen Pandemielage müssen wir wachsam und aufmerksam bleiben.
Roberto Perez Hagen

Termine in (und für) Mitte

Bitte Corona bedingt auf gesonderte Einladungen achten. Die meisten Termine finden sicherlich digital statt.

Freitags, 17 – 18 Uhr:

Mahnwache der Ini Gedenkort Stadthaus, ebendort, Ecke Neuer Wall

Dienstag, 01.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
digital, Link bei Steffi oder Manfred erfragen

Donnerstag, 10.06., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
digital, siehe besondere Einladung

Montag,14.06., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9 (hoffentlich)

Dienstag, 15.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
digital, s.o.

Mittwoch, 16.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 16.06., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83 (?)

Donnerstag, 17.06., 17:30 Uhr

Sitzung der Bezirksversammlung
(digital via Zoom, öffentlich)

Montag, 21.06., 19:00 – 20:30 Uhr

Rentenkürzung wegen Coronakrise?
Gespräch mit David Stoop, Direktkandidat
(siehe S. 4)

Juli 2021 (hoffentlich nach der virtuellen Phase)

Dienstag, 06.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Donnerstag, 08.07, 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 12.07., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9 (hoffentlich)

Dienstag, 20.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Mittwoch, 21.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 21.07., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder–Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:
Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:	Telefon	Mail
Monika Berstecher		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Jörg Günther (Schatzmeister)		
Maurizio Kosinski		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/		
Im Netz: http://www.die-linke-hamburg-mitte.de		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX